



Worteljähriger Abonnementkosten in Breslau 5 Mark, Wochen-Thomann. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inserationsgebühr für den Raum einer sechsheligen Zeit-Zeile 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Arbeiten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 282. Mittag-Ausgabe.

Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trenwendt.

Dienstag, den 20. Juni 1876.

## Deutschland.

### O. C. Landtags-Verhandlungen.

69. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 19. Juni.  
12 Uhr. Am Ministerial Dr. Friedenthal, Geh. Räthe Hoffmann, Rhede, Röder, u. A.

Von den Ministern des Handels, der Finanzen, des Innern und der Landwirtschaft ist eine Vorlage eingegangen, betreffend die Gewährung von Staatsunterstützungen an die durch das Hochwasser in diesem Frühjahr geschädigten Landesteile.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Ablösung der Servituten, die Theilung der Gemeinschaften und die Zusammenlegung der Grundstücke für die Provinz Schleswig-Holstein.

Berichterstatter Abg. Krab: Das Gesetz bezweckt die Förderung der Landeskultur in der Provinz Schleswig-Holstein, und zwar sucht es dies Ziel zu erreichen durch Ablösung der wirtschaftlichen Servituten, ferner dadurch, daß es die Theilung der von mehreren Eigentümern gemeinschaftlich benutzten Grundstücke zuläßt, und endlich durch die wirtschaftliche Zusammenlegung der Grundstücke. Das Gesetz hat sich im Allgemeinen an die Bestimmungen gehalten, welche schon seit langen Jahren in den altpreußischen Provinzen bestehen und sich durch die Provinz bewährt haben, wenn es auch einige provinzielle Eigentümlichkeiten hat berücksichtigen müssen, doch hat die Commission dieselben nicht für so groß gehalten, um wesentliche Veränderungen jenen Bestimmungen gegenüber einzuhalten zu lassen. Nur in Bezug auf einen Punkt ist man von denselben etwas weiter abgegangen, nämlich in Bezug auf die Zusammenlegung, weil man in der altpreußischen Gesetzgebung nicht genug Garantien für die Wirklichkeit des Gesetzes in Bezug auf die Verhältnisse dieser Provinz fand. Ueber eins war man sich aber in der Commission einig, daß man nicht eine Änderung des Verfahrens in diese Materie hineinziehen dürfe, weil dadurch diese Arbeit zu complicit und das Zustandekommen des Gesetzes für diese Session gehindert werden würde.

Abg. Dr. Hänel: Ich befinde mich dem Gesetzentwurf gegenüber einigermaßen in Verlegenheit. Wenn ich nämlich die Tendenz des Gesetzes ins Auge fasse, so kann ich denselben nur zustimmen; ich selbst habe seit Jahren das Prinzip der Vorlage vertreten. Trotzdem muß ich mich dem Gesetz gegenüber in diesem Augenblick ablehnend verhalten. Ich erinnere hierbei an die Worte des früheren hochverehrten Abg. Lette, welcher aus dem volkswirtschaftlichen Congress zu Köln erklärte, daß gerade auf agrarischem Gebiete die historisch gewordenen Verhältnisse bis in das kleinste hinein berücksichtigt werden müßten, und daß man nicht für einen Landesteil Gesetze machen dürfe, bloß aus dem Grunde, weil dieselben in anderen Landesteilen, die in ihren Verhältnissen von jenen völlig different sind, sich bewährt haben.

An der Hand dieses Ausspruches mache ich dem Gesetz den Vorwurf, daß es die tatsächlichen Verhältnisse absolut nicht berücksichtigt. Wie mir scheint, sind durchaus keine genauen statistischen Erhebungen und localen Untersuchungen gemacht worden, sondern man hat sich lediglich auf allgemeine Bedürfnisse beschränkt, und daher kommt es denn, daß eine Reihe völlig überflüssiger Bestimmungen aufgenommen, während andere für unsere Provinz eigenständlich unberücksichtigt geblieben sind. Wenn der Commissionsbericht behauptet, daß man sich lediglich an die altpreußischen Bestimmungen der alten Provinzen gehalten habe, so ist dies durchaus nicht der Fall, besonders in Bezug auf die Zusammenlegung der Grundstücke. Für diese sind Bestimmungen durchgeführt worden, die für die Grundstückseigner viel drückender sind, als sie in den alten Provinzen existieren, während man sie hätte mildern sollen. Die zwangsläufige Zusammenlegung findet hier in einer Weise statt, wie in keinem anderen preußischen Landesteile, nämlich auf den bloßen Antrag einer einfachen Mehrheit des Reinertrages der Grundstücke repräsentirenden Zahl von Besitzern hin.

Auf den Kleingrundbesitzer wird gar keine Rücksicht genommen, wie dies noch unserem alten Veroppelungsgesetz in Bestimmungen geschah und welche später auch auf die hannoversche Gesetzgebung übergingen. Drei Rechtsgrundlagen kann es für die zwangsläufige Zusammenlegung geben: die Notwendigkeit des Übergangs aus der alten Agrarwirtschaft in die moderne, die allzu große Zersetzung der Grundstücke, und endlich die Crifenz schlechter Wege und der Mangel eines Entwässerungssystems. Aus allen drei Punkten kann aber für Schleswig nicht die Notwendigkeit des Zwanges hergeleitet werden, und es wird für die Zusammenlegung mindestens ein anderes Majoritätsverhältnis geschaffen werden müssen, als es hier vorgeschlagen ist. Das Gesetz entbehrt jeder statistischen Grundlage, oder diese Grundlagen sind durchaus falsch. Es ist lediglich eine schablonenhafte Abchrift des für Hessen geschaffenen Gesetzes vom Jahre 1867, das ebensoviel den localen Bedürfnissen angepaßt war und das wir jetzt ändern müssten. Ich verlange mindestens die Vorprüfungen, die seiner Zeit für Schlesien und Westfalen stattgefunden haben; auch würde noch sehr zu erwarten sein, ob nicht an Stelle des alten Verfahrens ein neues, unserer heutigen Gesetzgebung mehr entsprechendes einzuführen sein würde. Aus diesen Gründen beantrage ich Zurückverweisung des Gesetzentwurfs an die verstärkte Agrarcommission zur schriftlichen Berichterstattung.

Abg. Schellwitz beruft sich auf den früheren Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein, Mitglied des Herrenhauses, v. Elwanger, sowie auf die Ausführungen des Provinziallandtages, welche sich mit dem Gesetzentwurf völlig einverstanden erklärten. Im Übrigen könne derselbe, wenn er auch in Bezug auf einige lokale Eigentümlichkeiten nicht zutreffen sollte, jedenfalls nicht schädlich wirken.

Minister Dr. Friedenthal: Ich kann mit Rücksicht auf die Zweifel des Abg. Dr. Hänel nur die Erläuterung geben, daß die königliche Staatsregierung, wie immer, nur nach reiflicher Überlegung und eingehender Berichterstattung von Seiten der zuständigen Behörden Ihnen diese Vorlage gemacht hat. Das Bedürfnis zu dem vorliegenden Gesetz ist von Seiten des Provinziallandtages für Schleswig-Holstein selbst anerkannt worden und ich kann es diesem völlig überlassen, für seine Meinung, die der des ersten Vorredners diametral gegenübersteht, einzutreten. Jedenfalls ist die Staatsregierung verpflichtet, auf seine Stimme, als die maßgebendste, zu hören. Wir haben die zwangsläufige Zusammenlegung durchzuführen, weil das alte Veroppelungsgesetz vielfach völlig wirkungslos geblieben ist. Wenn man glaubt, daß die jetzige Gesetzgebung nur den Großgrundbesitz beginnende, den kleinen Besitzer dagegen nicht berücksichtigt, so beruht diese Ansicht auf einem Vorurtheil der kleinen Grundbesitzer, welches darin seinen Grund hat, daß der letztere nach der Zusammenlegung die Verhältnisse viel weniger übersehen kann und deshalb gegen jene eine gewisse Antipathie hat. Weil nun aber diese Antipathie eine unbegründete ist, so hat die Staatsregierung die Pflicht, sie unberücksichtigt zu lassen; es war bisher der Stuhm des preußischen Staates, unbedingt um Einzelmeinungen den vorgestellten Grundsätzen zu folgen. In Bezug auf das besitzliche Gesetz, was vorher als völlig schlecht bezeichnet wurde, kann ich nur sagen, daß es durchaus günstig gewirkt hat, wenn es auch nötig geworden ist, eine Änderung einiger Bestimmungen einzutreten zu lassen, welche den localen Verhältnissen nicht angepaßt waren. Wenn wir das vorliegende Gesetz nicht durchführen und eine Stagnation in Bezug auf die Altergesetzgebung eintreten lassen, so würde dies zu den großartigsten Verirrungen Anlaß geben. Ich bin völlig bereit, provinzielle Eigentümlichkeiten zu berücksichtigen, aber eingebildete kann ich unmöglich beginnen. Ich hoffe, daß dies Gesetz äußerst segensreich wirken wird, und ich kann Ihnen deshalb nur die unveränderte Annahme des Gesetzes empfehlen.

Abg. Dr. Hänel betont noch einmal, daß er durchaus nicht gegen die Tendenz des Gesetzes sei, er wünsche nur, daß es die nötige statistische Grundlage erhalten; ohne eine solche könne man unmöglich die Verantwortung für eine so wichtige Vorlage übernehmen.

Abg. Dr. Seelig meint darauf hin, daß die Beschlüsse der Commission keineswegs mit großer Majorität oder ohne erhebliche Umstände gesetzt worden seien. Man habe vielmehr bei der ersten Lesung mehrere principielle Änderungsanträge angenommen, die späterhin nur deshalb wieder abgelehnt wurden, weil bei der zweiten Lesung wenig Mitglieder über die Hälfte

anwesend waren. Er halte deshalb den Antrag Hänel für vollkommen begründet.

Referent Abg. Krab spricht sich gegen den Antrag aus, weil mit der Zurückverweisung der Vorlage an die Commission das Gesetz in dieser Session überhaupt nicht mehr zu Stande kommen würde.

Der Antrag Hänel wird hierauf abgelehnt und der § 1 unverändert angenommen.

§ 3 bestimmt, daß eine Zusammenlegung von Grundstücken stattfinden soll, wenn dieselbe von den Eigentümern von mehr als der Hälfte der Fläche dieser Grundstücke, die zugleich mehr als die Hälfte des Katastraleintragess repräsentieren, beantragt wird und von der Zusammenlegung eine erhebliche Verbesserung der Landeskultur zu erwarten ist. — Die Entscheidung über diese letzte Frage kann nach § 3a jeder Beteiligte von dem Kreistage verlangen.

Abg. Seelig beantragt, daß die Umlegungsversfahren noch davon abhängig zu machen, daß die dasselbe beantragenden Grundbesitzer zugleich die Mehrheit der Eigentümern der zusammenzulegenden Grundstücke bilden und daß über die Frage der erheblichen Verbesserung der Landeskultur außer bei Einigkeit aller Beteiligten jedenfalls ein Beschluß des Kreistages nach erfolgter Begutachtung einer sachverständigen Commission erfolgt sein muß.

Abg. Krab wünscht gleichfalls die Verschärfung des Kreistages über die Frage der Zweckmäßigkeit der Zusammenlegung obligatorisch zu machen. Bei Grundstücken einer Stadt, nicht zum Kreisverbande gehörenden Feldmark soll es der Zustimmung der Gemeindebehörden bedürfen.

Minister Friedenthal erklärt sich gegen den Antrag Seelig, weil er die Wirksamkeit des Gesetzes bedeutend ab schwächt und die Zusammenlegung nur in den seltensten Fällen ermöglichen würde. Der Minister will von seinem Standpunkte der unveränderten Regierungsvorlage, den er im Herrenhause innegehalten, zurücktreten und die Fassung der Commission acceptieren und glaubt damit alle Garantien gegeben zu haben, welche der Abg. Hänel und Genossen wünschen könnten.

Abg. Benning hält es bei dem Mangel an dem nötigen statistischen Material für bedenklich, der Vorlage zuzustimmen, da diese zu wenig Garantien gegen eine Majorität der kleineren Grundbesitzer bietet. Jedenfalls möge man als Bedingung der Zusammenlegung fordern, daß die Mehrzahl der Beteiligten, nicht blos die Vertreter der Mehrheit des Katastraleintragess derselben stimme.

Abg. Spangenberg weist darauf hin, daß die schleswig-holsteinischen Mitglieder der Commission mit geringen Ausnahmen bereit in der Commission den Seeligen Antrag abgelehnt haben. Es gebe allerdings Gegen-

teile in der Provinz Schleswig-Holstein, in denen wegen der früher bereits

erfolgten Regelung dieser Angelegenheiten dieses Gesetz wohl kaum jemals zur Anwendung gelangen werde, auf diese könne man aber in § 3e des Gesetzes keine Rücksicht nehmen, sondern man müsse diejenigen Theile der Provinz ins Auge fassen, welche ein dringendes Bedürfnis nach einem einschlägigen Gesetz empfinden. Deshalb bitte er die Commissionsbeschlüsse anzunehmen.

Der Regierung-Commissar bemerkt, daß die Commissionsbeschlüsse congruent seien mit dem hannoverschen Gesetz vom 8. November 1856.

Abg. Hänel stellt in Abrede, daß es in Schleswig-Holstein Landesteile gebe, in denen, wie Abg. Spangenberg behauptet, noch keine Zusammenlegung stattgefunden habe.

Abg. Schellwitz ist der Meinung, daß die in der Commissionsfassung gegebenen Garantien hinreichend sind, um den localen Bedürfnissen und Verhältnissen vollständig Rechnung zu tragen.

Nachdem Abgeordneter Benning nochmals seine vorhin geäußerten Ansichten in vollem Umfang aufrecht erhalten hat, wird die Discussion geschlossen.

Der Referent befürwortet die Commissionsbeschlüsse, die darauf mit einem vom Abg. Hänel beantragten Zusatz, wonach die Feststellung des Umlegungsbezugs vor der Verschärfung des Kreistages erfolgen muß, unverändert angenommen werden.

§ 11 bestimmt, daß die Naturaltheilung eines gemeinschaftlichen Forstes nur zulässig sein soll, wenn sich ergibt, daß die Niederlegung des Forstes landwirtschaftlich nützlich ist und im landespolizeilichen Interesse zugelassen werden kann.

Auf Antrag des Abg. Seelig wird die Bestimmung dahin erweitert, daß die Naturaltheilung der Forst auch gestattet werden kann, wenn nur ein Theil derselben den in der Vorlage angegebenen Bedingungen entspricht, damit die Ausdehnung und Niederlegung dieses Theiles der Forst im Interesse der Landeskultur ermöglicht werde.

In § 13 wird auf Antrag derselben Abgeordneten die Bestimmung gestrichen, wonach Dienstbarkeitsrechte zum Nutzen von Holz und zum Streubohlen durch Forstland abgelöst werden, die Einschädigungsschäfte, wenn sie einen nur zu Hochwaldwirtschaft geeigneten Holzbestand enthält, mindestens einen Umfang von acht Hektaren haben müssen. Nach der Ausführung des Antragstellers kommen in Schleswig-Holstein derartige Privatwaldungen in geringerem Umfang als acht Hektaren vor, welche rationell bewirtschaftet werden, eine Beschränkung auf ein solches Minimum sei also nicht geboten.

§ 15 bestimmt, daß bei der Zusammenlegung jeder Theilnehmer für seine zum Umtausch gelangenden Grundstücke durch Land abgefunden werden muß und überläßt das Verfahren bei dieser Abfindung nach Maßgabe gewisser Normen den Auseinandersetzungsbördern.

Dieses Verfahren wollen der Abg. Seelig und Genossen in zwei neuen Paragraphen im Einzelnen speziell feststellen.

Regierungs-Commissar Geh. Rath Fastenau erklärt, daß die Regierung mit den gestellten Änderungen einverstanden sei, mit Ausnahme der Bestimmung, daß die Abweidungen im Flächengehalte zwischen den hingerufenen und den wiederempfangenen Grundstücken wider den Willen der Beteiligten nie mehr als 1/5 des ganzen zum Umtausch gelangten Grundbesitzes eines Theilnehmers vertragen dürfen.

Abg. Seelig: Wenn es in dem gegenwärtigen Zeitpunkt überhaupt kaum noch thunlich erscheint, gesetzliche Bestimmungen einzuführen, welche lediglich den freien Ermessen einer Regierungsbehörde so tief in die Pribatrechte einschneidende Verstüppungen überlassen, so verbietet sich dieses für Schleswig-Holstein vollends. Denn hier wird noch lange Zeit hindurch die Ausführung der Auseinandersetzungen der Haupthäfe nach Personen übertragen werden müssen, welche nur sehr geringe Erfahrungen über die eigentlich thümlichen wirtschaftlichen Verhältnisse und die daraus sich ergebenden Forderungen gemacht haben.

Die Furcht vor den daraus entpringenden Gefahren wird manche Besitzer gegen eine für sie sonst vortheilhafte Zusammenlegung ungünstig stimmen. Die von uns vorgeschlagenen Bestimmungen sind lediglich der hannoverschen Gesetzgebung entlehnt, welche es mit den schleswig-holsteinischen sehr ähnlichen Verhältnissen zu ihm hat, und die sich in mehr als dreißigjähriger Praxis und bei Tausenden von einzelnen Fällen wohl bewährt hat.

Abg. Schellwitz bedauert, daß sich der Regierung-Commissar für die Änderungen erklärt habe, er müsse entschieden um Ablehnung derselben bitten.

Minister Friedenthal sieht sich veranlaßt, die schleswig-holsteinischen Auseinandersetzungsbördern gegen das Misstrauensvotum des Abg. Seelig in Schuß zu nehmen.

Abg. Seelig bestreitet, daß seine Ausführungen eine solche Tendenz gehabt hätten.

Die Discussion wird geschlossen und nachdem der Referent die Fassung der Commissionsbeschlüsse befürwortet, werden die Anträge Seelig unter Streichung des von dem Vertreter der Regierung beanspruchten Saches angenommen.

Zu § 26 beantragt Abg. Seelig einen Zusatz, wonach eine Zusammenstellung der in Ablösungsangelegenheiten geltenden gesetzlichen Bestimmungen in dem Amtsblatt der Regierung zu Schleswig erfolgen soll.

Nachdem sich Geh. Rath Fastenau mit dem Antrage einverstanden erklärt hat, wird § 26 mit demselben angenommen.

Zu § 27 wird auf Antrag des Abg. Seelig, unter Zustimmung des Geh. Raths Fastenau und des Abg. Löwenstein, trotz des Widerspruchs des Referenten im Gegensatz zu den Commissionsbeschüssen die Bestimmung der Regierungsvorlage wiederhergestellt, wonach eine bereits begonnene Er-

schaffung einer Nutzungsberechtigung durch Inkrafttreten dieses Gesetzes unterbrochen und wirkungslos wird.

§ 29 erhält auf Antrag des Abg. Seelig unter Zustimmung des Regierungscommittess einen Zusatz, wonach derjenige, welchem von der Auseinanderziehung kein Vorteil erwächst, auch nicht an den Kosten des Verfahrens participiren soll.

Im Übrigen wird das Gesetz unverändert angenommen.

Um 4½ Uhr verlädt sich das Haus bis Dienstag 11 Uhr (Umgangskosten der Staatsbeamten, Unterstützung der durch die Überschwemmung Beschädigten und eine Reihe kleinerer Vorlagen).

18. Sitzung des Herrenhauses (vom 19. Juni).

1 Uhr. Am Ministerial Camphausen, Cullenburg, Leonhardt, Geh. Räthe Hersfurth, Rothe, Burchardt u. A.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Justizcommission über den Gesetzentwurf betreffend die Geschäftssprache der Behörden, Beamten und politischen Körperschaften.

Referent Graf zur Lippe empfiehlt Namens der Commission die unveränderte Annahme des Entwurfs in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung.

Graf Mielochowski: Ich befürchte vor Allem nicht nur die Kompetenz dieses Hauses, über diese Gesetzesvorlage Beschluß zu fassen, sondern lege hiermit feierlichen Protest auf gegen die Einbringung dieses Gesetzes Seitens der Regierung. Durch dieses Gesetz werden alle Polen, soweit sie nicht der deutschen Sprache mächtig sind, außerhalb des Gesetzes gestellt. Es ist das eine Gewaltmaßregel ohne Gleichen und einer brutalen Verlehung der von den preußischen Königen abgeschlossenen und feierlich beschworenen Verträge. Ein solches Vorgehen, wie es die Regierung in dieser Vorlage uns Polen gegenüber eingeschlagen hat, spricht aller Moralität höhn und ist ein trauriges Zeichen, wie weit es die neue Aera der deutschen Gewaltpolitik gebracht hat. (Oho! Unruhe.) In demselben Augenblicke, wo die preußische Regierung es unternimmt, die Christen im Orient gegen die grausamen Verfolgungen der muslimischen Herrschaft zu schützen, erringt sie die deutsche Bevölkerung zu eben denselben Verfolgungen gegen die Polen. (Oho!) Ja wohl, meine Herren, dieselben Leiden, unter denen die Christen im Orient leiden, werden wir Polen von Seiten der preußischen Herrschaft zu erdulden. Die Ausübung unserer Religionsvorschriften ist uns verwehrt, unsere Sprache aus der Schule vertrieben, und jetzt soll sie auch als Geschäftssprache verboten sein.

Denken Sie nicht, daß Sie uns behandeln können wie Pestegte, die Ihnen auf Gnade und Ungnade übergeben sind. Sie haben uns übernommen auf Grund internationaler völkerrechtlicher Vereinbarungen und Verträge, wonach Sie unsere Sprache und Nationalität zu schützen versprochen haben. Wenn wir diesen königlichen Versprechen und Verträgen zum Trotz mit solchem Cynismus behandelt werden (Rufe: Zur Ordnung!), so hoffe ich, daß alle diese brutalen Angriffe an unsern unverjährbaren Ansprüchen und Rechten verschwinden werden. Dieses Gesetz wird dem deutschen Namen hier und im Auslande keinen Ruhm bringen; und nur unehrenvoll für Preußen und Deutschland können die Folgen einer derartigen Aufmunterung zum Völkerrechtsbruch und zur Entmündigung der Krone in Rückicht auf das feierliche Versprechen des Königs sein. (Wiederholte Unruhe und Rufe: zur Ordnung!)

Vizepräsident v. Bernuth: Der Redner wird nicht verkennen, daß ich aus Gründen, die ich nicht näher darzulegen nötig habe, der Redefreiheit bei dieser Diskussion

zunächst zur Vorberathung an eine Commission zu verweisen, da er eine die kürzlichen Kreise tief erregende Frage betreffe und eine gründlichere Vorberathung des Hauses verlange. v. Winterfeld dagegen glaubt, daß das Haus schon durch die vielsachen, in den Händen der Mitglieder des Hauses befindlichen Petitionen genügend informiert sei. Auch der Oberbürgermeister Becker in Dortmund hält eine Berathung zunächst im Plenum für dienlich zur Klärung der Anklage, während Oberbürgermeister Rasch in Hannover gerade in einer Aufschiebung der Frage durchaus keinen Nachtheil erkennen kann. Dr. Beseler glaubt auf alle Fälle das Haus gegen den Vorwurf, daß an ihm die Schuld liegen würde, wenn die Annahme des Entwurfs verzögert würde, vertheidigen zu müssen. Die Schuld liege an der späten Einbringung der Vorlage. Minister des Innern Graf zu Culemburg bittet dringend, vor der Verweisung an eine Commission abzustehen, da sonst dies überaus wichtige Geetz ungünstig für diese Session unerledigt bleiben würde. Baron v. Senfft-Pilsach erwartet von der Verweisung an eine Commission nur eine Zeitsparnis für andere Angelegenheiten.

Das Haus lehnt hierauf den Antrag auf Verweisung der Vorlage an die Justizcommission ab, setzt aber auf Antrag des Bürgermeisters Gobbin, um die übrigen Gegenstände der heutigen Tagesordnung zu erledigen, die Berathung dieser Vorlage von der Tagesordnung ab und vertagt sich darauf bis morgen Dienstag 12 Uhr. (Gesetz, betreffend den Austritt aus den jüdischen Synagogen-Gemeinden und kleinen Vorlagen.) Schlus 4 Uhr.

Berlin, 19. Juni. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Geheimen Commerzienrat Krupp zu Essen den Roten Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub; dem Major a. D. Stritter zu Wiesbaden, bisher im Colbergischen Grenadier-Regiment (2. Pommerschen) Nr. 9, und dem Herzoglich Sachsen-altenburgischen Amtsrath, Generaldächer und Bevollmächtigten Sasse zu Otorowo im Kreise Samter den Roten Adlerorden vierter Klasse; dem Schiffsfesten Karl Friedrich Jäckel zu Berlin den königlichen Kronenorden vierter Klasse; dem Gemeindevorsteher Karl Schmidt zu Reichenow im Kreise Ober-Barnim das Kreuz der Inhaber des königlichen Haussordens von Hohenloh; sowie dem Präcentor Schmidt zu Schonebeck im Kreise Saatzig den Adler der Inhaber desselben Ordens verliehen.

Se. Majestät der König hat den Kreisdeputierten Kohn von Fasski zu Langensalza zum Landrath des Kreises Angerburg ernannt.

Der Secretariats-Assistent Hoppe ist als Geheimer expedirender Secretair und Calculatur bei dem Finanzministerium angestellt worden. — Der praktische Arzt Dr. Mittenzweig zu Berlin ist mit Anweisung des Wohnsitzes in Lüdenscheid zum Kreiswundarzt des Kreises Jüterbog-Lüdenscheid ernannt worden. — Der Rechtsanwalt und Notar Baumgarten zu Stuttgart ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Naumburg a. S. mit Anweisung seines Wohnsitzes dasselbe verfest worden.

Berlin, 19. Juni. [Se. Majestät der Kaiser und König] hatten am 17. d. Ms. in Ems außer Sr. Majestät dem Kaiser von Russland mit Alerhöchstessen Gefolge, den Herzog Georg von Oldenburg, die Botschafter von Dubril, Graf von Karolyi und Vicomte de Gontaut-Biron, sowie den russischen Gesandten am italienischen Hofe Baron Ukkull-Gyllenbandt zur Tafel geladen.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] empfing gestern in Baden den Besuch Ihrer Kaiserlichen Hohenheit des Großfürsten und der Großfürstin Michael und des Fürsten und der Fürstin von Leiningen. (Reichsanzeiger.)

○ Berlin, 19. Juni. [Die Wahlen. — Demetrii. — Ober-Bergrath Gedcke. — Der einjährig-freiwillige Dienst.] Die Mittheilung hiesiger Correspondenz, daß die preußischen Wahlen jedenfalls vor der Herbstsession des Reichstages stattfinden werden, entspricht, wie man hört, nicht den über diese Angelegenheit stattgefundenen vorläufigen Besprechungen. Bestimmte Beschlüsse sind darüber noch nicht gefaßt. — An dieser Stelle wurde vor Kurzem gemeldet, daß die Staatsregierung die Frage wegen der nothwendigen Zahl der auf Lebenszeit berufenen Mitglieder des Ober-Verwaltungsgerichts nicht nebenher im Competenzgefege, sondern durch einen Nachtrag zum Gesetz über das Ober-Verwaltungsgericht selbst zu erledigen beabsichtige. Ein Correspondent der „Weser-Ztg.“ hat diese Mittheilung bestritten und auf eine Verwechslung mit der Absicht der Nachfrageforderung für den Gatt des Ober-Verwaltungsgerichts zurückzuführen gedacht. Es kann versichert werden, daß der Correspondent falsch unterrichtet ist und daß ein bezüglicher Entwurf zunächst dem Staatsministerium vorliegt. — An die Ernennung des Herrn Eck zum Unterstaatssekretär wird in einigen Blättern die Bemerkung geäußert, derselbe sei zum Chef eines Reichsfinanzamtes designirt. Die Nachricht ist nach guten Informationen unrichtig. Herr Eck behält die Leitung der Centralabteilung des Reichskanzleramtes. — Durch Alerhöchste Cabinets-Ordre ist bestimmt, daß die Vorschriften über die Uniformen der oberen Beamten der provinzialständischen Centralbehörde auch auf die gemäß der neuen Provinzialordnung gewählten Landes-Directoren u. s. w. Anwendung zu finden habe. — Der mit der commissarischen Vermögens-Verwaltung des Bischofs Münster beauftragte Ober-Bergrath Gedcke ist in die allgemeine Verwaltung übernommen und zum Regierungsrath ernannt worden. — Die Erteilung des Berechtigungs-Scheines zum einjährig-freiwilligen Dienst hat Seitens der betreffenden Prüfungs-Commissionen einer Reihe junger Leute beanstandet werden müssen, weil sie von den Schulanstalten zum Übertritts-Termine nicht mit dem durch die neue Militärgezeggebung vorgeschriebenen Zeugnis über die wissenschaftliche Beschriftigung für den einjährigen freiwilligen Dienst versehen waren. Es dürfte angezeigt erscheinen, alle Schul-Directoren darauf hinzuweisen, daß die Vorschriften für die betreffende Prüfung in einer amtlichen Zusammenstellung bei G. S. Mittler und Sohn in Berlin erschienen sind. Andere von Privatleuten veranstaltete Sammlungen dieser Vorschriften entbehren der Vollständigkeit und Zuverlässigkeit.

D.R.C. [Fürst Bismarck.] Wie uns von unterrichteter Seite versichert wird, leidet der Reichskanzler Fürst Bismarck an Verhärtung einer Fußader, welche der Arzt für so bedenklich erachtet hat, daß er ein Unterlassen der Kissingen Kur als geradezu lebensgefährlich erklärte. Erst in Folge dieses sehr bestimmt gehaltenen ärztlichen Ausspruchs entschloß sich der Reichskanzler zur Reise nach Kissingen.

Posen, 18. Juni. [Über den Kirchenkandal in Pieranie] und die in Folge dessen eingeleitete gerichtliche Untersuchung geben der „Posener Ztg.“ folgende nähere Mittheilungen zu:

Der von der ultramontanen Partei am 2. Pfingstferntage in Pieranie in Scène gesetzte Kirchenkandal war seit langer Zeit vorbereitet. Schon seit Einführung des Propstes Kolany in Murzynno hatte sich der Heßblätter und ihrer Nachbeter eine ungeheure Aufregung bemächtigt und man war allgemein darauf gefaßt, daß sich die Wuth der Ultramontanen zunächst gegen Propst Kolany richten werde. Doch der Fanatismus verlangte diesmal ein anderes Opfer und fand dies unter den Freunden des Propstes Kolany. Als Propst Brent aus der Kirche gezielt und in der Propstei in Sicherheit war, bestieg der Dr. propst Lisak die Kanzel, um die aufgeregte Menge zur Ruhe zu ermahnen. Lisaks Stimme erstickte in dem allgemeinen Scandal, der jetzt von Neuem losbrach und in dem die Worte: „Wir wollen keinen Niemic (Deutschen), weg mit dem Verräther“ zu vernehmen gewesen sein sollen. Propst Lisak schloß hierauf den Gottesdienst und forderte die Menge auf, die Kirche zu verlassen. Er selbst verließ die Kirche, um sich nach der Propstei zu begeben. Auf dem Wege dahin wurde er ebenfalls insultirt. Das Gedränge in der Kirche ist für viele Anwesende nicht ohne nachtheilige Folgen gewesen und die Lehrerfrau Josina aus Otorowo bei Pszczółce ist denselben schwer erlegen. Nachdem die Geistlichen das Feld geräumt hatten, beklagte sich die Wuth des Volks bald. Ein Einwirken der Fenster in der Propstei hat nicht stattgefunden. Mit dem blinden Gehörsam, mit dem die Menge in der Kirche den Scandal insenkte, besänftigte sich dieselbe, als sie von den Herren Hipolit von Duszynski aus Gostkowo und von L. v. Lyszkowski aus Bonkowo aufgefordert wurde, auszusteigen. Man muß gestehen, daß Volk war gut dresst.

Am Nachmittag erschien ein Gendarm in Pieranie, der gewöhnlich an Ablauftagen dorin zu kommen pflegt, um etwaigen Ausschreitungen bei den unvermeidlichen Trinkgelagen zu begegnen. Gerufen war er von Niemand. Ersonnen war der Districts-Commissarius Strohschein aus Luisenselde, der

etwa um 5 Uhr Nachmittag nach Pieranie sich begab, nachdem er von seinem Dienstmädchen, die in Pieranie gewesen war, von dem Scandal erfahren hatte. In Begleitung des Commissarius und des Gendarmen begab sich nun Propst Brent nach Pszczółce zurück. Auch unterwegs hätte Propst Brent in Gajecza noch eine feindliche Demonstration erfahren, wenn er eben nicht in Begleitung gewesen wäre. Propst Brent hatte hier eben nur die höfliche Bemerkung zu hören, wie klug er gewesen sei, sich auf seinen Heimweg gleich den Commissarius und den Gendarmen mitzunehmen. Soweit in Kürze über die Vorgänge in Pieranie. Die Folgen des unerhörten Vorfalls ließen nicht lange auf sich warten und waren für viele der Beteiligten recht unangenehm. „Noch an demselben Tage erhielt der Districts-Commissarius Strohschein dem in Radziejowice weilenden stellvertretenden Landrat des Kreises, Grafen zu Solms, Bericht und am folgenden Tage reiste Graf Solms zur persönlichen Berichterstattung an die Regierung nach Bromberg. Noch am Abend des 2. Feiertags erhielt der Commissarius den Auftrag, einen Herrn v. d. Marwitz zu verhaften, der im dringenden Verdachte der Urheberschaft steht. Nur auf Verwendung seines Verwandten, des Herrn v. Lyszkowski, der mit seinem ganzen Vermögen für Herrn v. d. Marwitz garantire, wurde dieser noch auf freiem Fuße gelassen. Herr v. d. Marwitz ist in Westpreußen ansässig und soll ein Verwandter des Pölziner Bischofs sein. Wenige Tage darauf begann, wie mitgetheilt, die gerichtliche Untersuchung an Ort und Stelle. Die Commission, welche seit dem 11. d. M. in Pieranie mit Feststellung des Thatsatzes der verübten kirchenchändernden Exesse und mit den vorläufigen Zeugenbernehmungen beschäftigt ist, besteht aus dem Untersuchungsrichter, Kreisgerichtsrat Richard, einem Protocollführer, dem Staatsanwalt Barth, dem Landratsamtsverwalter Graf Solms und dem Polizei-Inspector Büttner aus Posen. Dieselbe hat ihr Hauptaugenmerk darauf gerichtet, die intellectuellen Urheber der Exesse zu ermitteln, was ihr auch vollständig gelungen ist.

Zunächst wurden vier Personen verhaftet. Unter diesen befindet sich der als Haupturheber des Scandals verdächtige Gutsbesitzer, Alphons von Duszynski. Dieser soll in Gemeinschaft mit v. d. M. von der Gallerie aus das Beide zum Tumult gegeben haben. Herr v. d. Duszynski befindet sich im hiesigen Gefängnis in Ost. Unter den Inhaftirten befinden sich ferner u. a. die Witwe Haber aus Wola wapowska, Podlazewski aus Baranowice, sowie ein Wirtschaftsinspector, der verdächtigt ist, zuerst Feuer gerufen zu haben. Es wurde am Montage hier in Nowowacław verhaftet. Inhaftirt sind bis jetzt im Ganzen sieben Personen. Die Verhaftungen sind indeß noch nicht abgeschlossen und die gerichtliche Voruntersuchung dürfte immerhin noch einige Zeit in Anspruch nehmen, so daß es fraglich bleibt, ob der Pieranier Kirchenkandal schon im Juli vor den Schwurgerichtshof in Bromberg kommt, oder ob dies erst zum October wird gethehen können. Die Strafe wird die Excedenten immerhin schwer treffen, da sie besonders für die Bemittelten einen erheblichen Vermögensverlust, wenn nicht den vollständigen Ruin nach sich ziehen dürfte.

„Ob die traurigen Folgen des Pieranier Kirchenkandals für die ultramontanen Häuptlinge unserer Gegend eine Warnung sein werden, bleibt abzuwarten. Anzunehmen ist das kaum; dies geht u. A. daraus hervor, daß etwa 100 Gemeindemitglieder des Propstes Würtz in Gräbie, der bei dem Pieranier Tumult mit helter Haut davon gelommen ist, wie bereits mittheilt, eine Demonstration gegen ihn in Scène zu sehen beabsichtigten, die indeß auf Veranlassung des Thorner Landrats noch rechtzeitig inhibirt wurde. Die Wühlerien dauern fort, und wir zweifeln nicht daran, daß bei der in unserer Gegend allgemein herrschenden Gährung sich Schauspiele, wie das von Pieranie wiederholen werden. Die gestern hierher gelangte Nachricht, daß auch gegen Propst Kolany eine feindselige Kundgebung Seitens der ultramontanen Clique stattgefunden habe, hat sich als Gerücht erwiesen. Immerhin ist die Stellung des Propstes Kolany eine äußerst schwierige. Schon zu wiederholten Malen hat sich die Wuth der aufgewiegelten Polochianen von Murzynno an dem Organisten des Propstes Kolany ausgelassen, der das ungeheure Verbrechen begangen hat eben bei R. Organist zu sein, nachdem der vorige Organist dem neuen Propst sofort den Dienst gekündigt hat.“

Straßburg, 18. Juni. [Für die Neuberchwemmen im Elsass.] Die „Straß. Ztg.“ schreibt: Ein unbeschreibliches Unglück hat die Bewohner der Rheinseite heimgesucht. Völlig unerwartet kamen die Überbewohner das Anschwellen des Stromes und nirgends hatte man Vorkehrungen getroffen zur Abwehr der Gefahr. Durch das Brechen der Dämme wurde plötzlich ein großer Theil der fruchtbaren Ebene unter Wasser gesetzt; die Bewohner wurden nicht nur mit Einemmal der Frucht ihrer Mühe und Arbeit beraubt, ihre Hoffnungen auf einen ausreichenden Ernteertrag wurden vernichtet; sie müssen sogar die nothwendigsten täglichen Bedürfnisse, Nahrungsmittel und Kleidungsstücke entbehren. Ohne Alles ergrißt sie die Flucht vor dem reißenden Strom.

Vielen hat das hereinstürzende Wasser sogar die Wohnungen zerstört; in Gersheim stürzten dreizehn Häuser in die Fluthen!

Nur auf die Kraft ihrer Arme angewiesen, steht ein großer Theil der Bewohner von Diebolsheim, Friesenheim, Rheinau, Voosheim, Gerstheim, Schönau, Arzenheim, Neudorf, Ploßheim, Musau und anderen Dörfern ihren verwüsteten Wohnungen gegenüber.

Es ist keine Aussicht vorhanden, daß die Gefahr in den nächsten Tagen verschwindet, vielmehr muß man sich nach allen Nachrichten auf ein langes Stehenbleiben des Wassers gefaßt machen.

Man kann daher voraussehen, daß das Elend wächst, daß es dem Menschen immer schwerer wird, es in seiner ganzen Ausdehnung zu bekämpfen, den Schmerz der vielen Tausende zu lindern.

Für die Linderung dieser Noth sind die Mittel eines Landes, das, was die öffentlichen und privaten Kassen zu bieten vermögen, zu klein. Ohnmächtig steht der Mensch der ungeheuren Wucht der allgemeinen Noth gegenüber.

Wir wenden uns darum an die öffentliche Mildthätigkeit nicht nur unserer eläffischen Landsleute, ohne Unterschied, ob sie durch die Geburt dem Lande angehören oder ob sie erst dessen Bürger geworden sind, sondern auch an das gesammte deutsche Vaterland, an den Opfermut und die Mildthätigkeit des gesammten deutschen Volks.

An unsere Landsleute diesseits und jenseits des Rheins richten wir die Bitte, den nothleidenden Bewohnern der überschwemmten Dörfern die Hand zu reichen und Hilfe zu leisten in der allgemeinen Bedrängniß!“)

### D e s t e r r e i c h .

Wien, 18. Juni. [Truppen-Concentration bei Nikolsburg.] Die schon vor Jahren aufgetauchte, in der Ausführung aber stets wieder verstopfte Scène gesetzte Kirchenkandal war seit langer Zeit vorbereitet. Schon seit Einführung des Propstes Kolany in Murzynno hatte sich der Heßblätter und ihrer Nachbeter eine ungeheure Aufregung bemächtigt und man war allgemein darauf gefaßt, daß sich die Wuth der Ultramontanen zunächst gegen Propst Kolany richten werde. Doch der Fanatismus verlangte diesmal ein anderes Opfer und fand dies unter den Freunden des Propstes Kolany. Als Propst Brent aus der Kirche gezielt und in der Propstei in Sicherheit war, bestieg der Dr. propst Lisak die Kanzel, um die aufgeregte Menge zur Ruhe zu ermahnen. Lisaks Stimme erstickte in dem allgemeinen Scandal, der jetzt von Neuem losbrach und in dem die Worte: „Wir wollen keinen Niemic (Deutschen), weg mit dem Verräther“ zu vernehmen gewesen sein sollen. Propst Lisak schloß hierauf den Gottesdienst und forderte die Menge auf, die Kirche zu verlassen. Er selbst verließ die Kirche, um sich nach der Propstei zu begeben. Auf dem Wege dahin wurde er ebenfalls insultirt. Das Gedränge in der Kirche ist für viele Anwesende nicht ohne nachtheilige Folgen gewesen und die Lehrerfrau Josina aus Otorowo bei Pszczółce ist denselben schwer erlegen. Nachdem die Geistlichen das Feld geräumt hatten, beklagte sich die Wuth des Volks bald. Ein Einwirken der Fenster in der Propstei hat nicht stattgefunden. Mit dem blinden Gehörsam, mit dem die Menge in der Kirche den Scandal insenkte, besänftigte sich dieselbe, als sie von den Herren Hipolit von Duszynski aus Gostkowo und von L. v. Lyszkowski aus Bonkowo aufgefordert wurde, auszusteigen. Man muß gestehen, daß Volk war gut dresst.

Am Nachmittag erschien ein Gendarm in Pieranie, der gewöhnlich an Ablauftagen dorin zu kommen pflegt, um etwaigen Ausschreitungen bei den unvermeidlichen Trinkgelagen zu begegnen. Gerufen war er von Niemand. Ersonnen war der Districts-Commissarius Strohschein aus Luisenselde, der

zählige Separatistische einschalten, welche die von und nach Wien kommenden Besucher mit thunlichster Beschleunigung an ihr Ziel bringen sollen.

### F r a n k r e i c h .

○ Paris, 18. Juni. [Die Folgen der Wahl Buffet's. — Neuconstituirung der republikanischen Union. — Präfectoratschub. — Neuberchwemmen. — Zur Presse.] Nachdem die erste Aufregung vorüber, beginnt man genauer die Folgen der Buffet'schen Wahl ins Auge zu fassen. Die parlamentarische Welt schläft Ahem; die Kammer wird erst am Dienstag und der Senat erst am Mittwoch wieder zusammenreten. Der anfängliche Enthusiasmus der reactionären Mehrheit, welcher im Senat zum Vorschein gekommen, hat sich bereits abgekühl; sechs Royalisten der äußersten Rechten, unter ihnen de Francieu und Lorges, richten eine Erklärung an die befriedeten Blätter, worin sie Buffet nicht gerade zärtlich behandeln. Sie haben, so sagen sie, den neuen Lebensfähigen nicht um seiner selbst willen gewählt, sondern blos, weil sie sich in die Unmöglichkeit versetzt sehen, die Candidatur Chésnelong's durchzubringen und weil die Urheber der Buffet'schen Candidatur versprochen hatten, die neue Mehrheit solle vor Allem dazu dienen, das Waddington'sche Gesetz über die Verleihung der Universitätsgrade zu Falle zu bringen. In einem Anfall von Gewissensbissen schreibt obendrein de Francieu an das „Univers“, er betrachte die Wahl Buffet's als den schwersten und unverzeihlichsten Fehler, den man unter den jetzigen Umständen begehen könnte. Andererseits betrachten einige Alarmisten mit Besorgung den Schaden, den sie angerichtet haben. Bis zum Desteren schon fragen sie sich, ob sie nicht blos die Handlanger des Bonapartismus spielen, denn die ungemeinste Freude über Buffet's Erfolg geben die Imperialisten kund. Wenn diese Stimmung anhält, so werden die erwähnten Royalisten ihr Opfer umsonst gebracht haben und die Regierung kann dann darauf rechnen, mit einer kleinen Mehrheit das Waddington'sche Gesetz durchzubringen. Um das zu verhindern, werden freilich die Clericalen in den nächsten Tagen alle Minen springen lassen. Auf alle Fälle sind die republikanisch gesinnten Minister und die Führer der Mehrheit in der Deputirtenkammer darin einig, den Stiel, wie das Sprichwort sagt, nicht hinter den Besen drein zu werfen. Der Senat hat das gute Verhältniß der Staatsgewalten zerstört; er hat einen Fehler begangen, der in den Augen des Landes das Verdienst und die Popularität der Deputirtenkammer und des Cabinets erhöht; man wird es ihm überlassen, den Verfassungsconflict wirklich zu eröffnen; die Wahl eines missliebigen Senators kann als eine Kriegserklärung betrachtet werden, aber das Feuer hat noch nicht begonnen, und das Ministerium kann abwarten, ob der Senat seine Drohungen ausführen wird. Bei der Debatte über das Waddington'sche Gesetz muß es sich zeigen, wie weit für jetzt die Annäherung der clericalen Coalition und ihre Gewalt reicht. Inzwischen fällt natürlich der republikanischen Mehrheit der Kammer die Aufgabe zu, das Cabinet in intelligenter Weise zu unterstützen. Gewisse Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Linken sind in der letzten Zeit zu Tage getreten; man wird sie wahrscheinlich einstweilen auf sich beruhem lassen, um eine fest geschlossene Partei wiederherzustellen. Gestern hat sich die sog. republikanische Union, d. h. die äußerste Linke der ehemaligen Nationalversammlung, wieder constituit; 83 Deputirte, unter denen Gambetta, meldeten ihren Eintritt an, und diese Zahl wird sich wahrscheinlich steigern. Der Vorstand dieser wieder-aufgerstandenen Gruppe wird sich sofort mit den Vorständen der eigentlichen Linken und des linken Centrums in Verbindung setzen, und es ist die Rede von der Veröffentlichung eines gemeinsamen Programms. Durch die Broglie'schen und Buffet'schen Politik gebredet haben, insbesondere die Präfector de Souvigny und de Vero, durch die Wiedereinsetzung der nach dem 24. Mai besetzten Präfector und Unterpräfector Merlin, Rousseau, Gomescarre besiegt de Marcere aufs Neue das Bündnis mit der Mehrheit der Kammer; er macht zugleich den reactionären Beamten in den Departements begreiflich, daß sie aus dem jüngsten Begeben im Senat nicht allzu verwegene Schläfe ziehen dürfen. Indem gestern der Minister des Innern das Decret, welches diese Veränderungen anzeigen, während des Conseils dem Marschall-Präsidenten zur Unterzeichnung vorlegte, verklärte er zugleich einen neuen Deputirten-Sekretion (Nordfranken-Departement), nachdem der Legitimist de Kerjou die dieselbe in einer wunderlichen Rede bekämpft hatte; Blande verlas seinen Bericht über die Pariser Auseinander, de Lacroix zog seinen Antrag, George Sand eine Statue zu errichten, zurück, auf Wunsch der Familie, wie er sagte und in der Hoffnung, daß die Private Initiative seinen Wunsch verwirklichen werde. Buffet wohnte in einer Tribüne einem Theil der Sitzung bei. Auf Antrieb Labadie's, R. Waddington's und Gambetta's ist in der Kammer eine Sammlung zu Gunsten der Neuberchwemmen im Elsass veranstaltet worden. Die „République“ fordert heute auch zu öffentlichen Beiträgen auf. Die Nachrichten aus den südfranzösischen Bezirken lauten ungünstig; die Flüsse steigen unaufhörlich; namentlich droht der Tarn bei Albs mit einer Neuberchwemmung. — Seit gestern erscheint in Paris wieder ein neues politisches Blatt unter dem Titel „Les Lunettes politiques.“ Es gehört der Gambetta'schen Richtung an.

### O s m a n i s c h e s R e i c h .

[Die jüngsten Ereignisse in Konstantinopel.] Die „König. Ztg.“ veröffentlicht das Tagebuch, welches eine in Konstantinopel lebende deutsche Dame über die dortigen Ereignisse gefügt. Wir entnehmen die entsprechenden Aufzeichnungen folgendes. Die Verfasserin schreibt vom 4. Juni (dem Todestag des Abdul Aziz): „Ich benutzte den heutigen Pfingst-Sonntag, um einen Ausflug nach Pera und weiter zu machen; mein Dampfschiff führte mich Morgens 9 Uhr an Tschiragan vorüber, wo seit gestern Abdul Aziz, der nun auch zu Gunsten Murad's post festum abgedankt hat, wohnt. Er hat aber nicht den wunderbar schönen Haupthof inne, den er noch vor 14 Tagen bewohnte, sondern nur ein gefangenhartiges Nebengebäude, das er, wie man sagt, für Murad hatte bauen und einrichten lassen. Eine Menge Schildwachen wanderten über dem Quai vor dem Pavillon, und vor jeder Thür standen deren zwei. Alle Fenster waren nicht mit Jalousien verschlossen. Zwei Panzer-Schiffe lagen ziemlich nahe Tschiragan, andere weiter nach Dolma-Bagdache zu. Als ich, eben in Kadiköy angekommen

einem der Helden des Thronwechsels, erzählen zu lassen. Es scheint, daß Midhat zuerst durch einen Artikel der „Times“, welcher vor einigen Monaten erschien und den mangelnden Patriotismus der Türken belagte, aus seiner relativen Unschuld aufgerichtet worden ist. Als sein Freund ihm die Worte überzeugte: „Es gibt in der Türkei keinen Mann, der sein Leben für eine Reformation einsetzen würde“, sagte er nachdenklich: „Vielleicht doch!“ „Nun“, entgegnete der Ueberseher, „wenn es einen gibt, dann sind Sie es.“ Seitdem hat sich Midhat mehr und mehr mit dem Gedanken an eine Absetzung des Sultans vertraut gemacht. Er ging vorsichtig und langsam zu Werke, schob Zia Bey vor, warb hier und dort Vertraute, aber compromittierte sich durch kein geschriebenes Wort. Auch jetzt lehnt er klug und bescheiden den größten Antheil an dem gelungenen Staats-Streiche ab und hat gestern dem Director der Ottomischen Bank, der ihm sagte, daß er, Mehmed Ruschi und Hussein Avni das Land gerettet hätten, sein geantwortet: „Sie müssen mich nach den beiden anderen nennen.“ Seine Persönlichkeit ist nach der Photographie, die ich sah, nicht bedeutend. Er ist klein und untersetzt von Figur und hat plumpes Blaue. Er soll vorzugsweise gern offen und frei weg sprechen, aber auch, wenn es nötig, mit großer Schlaumei zu Werke gehen. Doch hält man ihn mehr für einen vorstüflichen Administrator, als für einen ausgesuchten Diplomaten. Ueber seine Familien-Verhältnisse erfuhr ich folgendes: Er hat zwei Frauen, eine alte, von welcher er eine Tochter hat, die verheirathet in seinem Hause lebt, und eine junge, von der er einen 6-jährigen Sohn und ein ganz kleines Töchterchen hat. Er ist nicht reich, sein Haus in Stambul aber hat eine schöne Lage, ist comfortabel eingerichtet und von einem hübschen Garten umgeben. Sultan Murad soll „Wein, Weib und Gesang“ lieben; die beiden ersten vielleicht mehr als gut ist. Sein Haus ist nach französischem Muster eingerichtet, die Diener tragen grüne und goldene Livree, die Frauen — er hat bis jetzt nur eine legitime und von dieser einen Sohn von acht Jahren — europäische Tracht, diese natürlich im Harem. Der neue Großherr soll abrigens 500.000 Pfd. Schulden haben; das wird den Finanzen nicht eben aufhellen. Man hat die acht Ritter der Ex-Valide leider leer, doch Verhältnisse der ehemals darin enthaltenen Summen gefunden, und man vermutet, daß dieselben in letzter Zeit, als die Bewohner des Palastes Angst bekommen, fortgebracht worden seien. Es heißt sogar, viel Geld sei in der englischen Bank angelegt, möglicherweise auf andere Namen. Daß der Ex-Sultan die vollen Sizzen für seine acht Willonen Consolida's bezogen, während alle anderen Gläubiger sich mit der Hälfte begnügen mußten, ist eine Thatfrage. Eine gute Eigenschaft Abdul Aziz' war seine Liebe zu seinen zahllosen Kindern. Dennoch soll er Jussuf Jezid, seinem Neisten, der Feldmarschall und Chef der Garde war, nach seiner Abiegung höchst eigenhändig eine Ohrfeige gegeben haben mit der Frage: „Warum hast du in deiner hohen Stellung von nichts genutzt, nichts verhindert?“ Das arme Bürschchen war eben der hohen Stellung nicht gewachsen.“

Der Aufzeichnung vom 5. Juni entnehmen wir Nachstehendes: „Nach Therapia zurückgekehrt, erfuhr ich von der Dame des Hauses, daß heute einer der neunzehn Aerzte, die der Leichenhau des Sultans angewohnt, bei ihr gewesen, und was er mitgetheilt hatte: Nachdem der Ministerialrat hauptsächlich auf Wunsch Murad's beschlossen, Abdul Aziz die Erlaubnis zu erhalten, in einem Kiosk von Tschragan zu wohnen, wurde er mit einem höheren Offizier und einer starken Bewachung von Top Kapı dorthin eingeführt. 30 Frauen von seinen 1200 waren ihm gelassen und nach Tschragan vorangeschickt worden. Als er auf dem Quai dafelbst ankam, fing er an, ungeberdig zu werden, laut zu schreien und zu gestikulieren, so daß die in der Nähe befindlichen Wachen und Diener aufmerksam wurden. Der Führer seiner Wache, einen Aufstand fürchtend, ließ ihm nun die Wahl, entweder rubig in's Haus zu treten oder sofort nach Top Kapı zurückgebracht zu werden. Er zog das Erste vor und stob dann in den Zimmern weiter, mischhandelte die ihm Begegnenden und machte seiner Mutter die bestürzten Scenen. In der Nacht von Sonnabend zu Sonntag schlief er nur wenig und erst gegen Morgen. Der „Phare du Bosphore“ behauptet, er habe am Morgen den Koran zu lesen verlangt und dann seine Sklavinnen um eine Schere ersucht; unter ärztlicher Gewährsmann aber sagt aus, Abdul habe von seiner Mutter selbst sich die Schere ausgebeten — man hatte ihm alle Waffen genommen — und sei, mit dieser bewaffnet, in ein anderes Zimmer geeilt, in das er sich eingeschlossen. Als nach anderthalb Stunden vergeblichen Poehens, Wittens und Rufens der Frauen das Schweigen in diesem Zimmer fortdauerzte, hätten dieselben die Thüre gesprengt und Abdul Aziz aus dem dreieckigen Odan im Nachsteile in einer Blutschlacht gefunden. Ein unbeschreiblicher tumult sei nun losgebrochen. Die Weiber brüllten, schrien um Hilfe, schlugen die Fenster ein und rissen den im Kait vorüberfahrenden Dr. Karateodorides ins Haus, um den Gebieter, wenn möglich, noch zu retten. Es war zu spät, Abdul Aziz war taglos gestorben. Nun wurden die Minister durch einen in der Nähe wohnenden Paşa benachrichtigt und erschienen zum Conseil im Sterzimmer; da aber das Toben und Schreien der Weiber fortdauerzte, ließ der Großvezier den Leichnam in das benachbarte Wachhaus schaffen und dort fanden ihn die durch unzählige Boien althalben aufgelebten — möchte man sagen — Aerzte, die so zahlreich berufen waren, damit, wie der Großvezier ihnen sagte, jeder Anschein von Heimlichkeit, der den Verdacht eines Mordes hätte aufkommen lassen können, vermieden würde. Die Aerzte trugen die feine Überzeugung davon, daß Selbstmord stattgefunden, der Leichnam habe keine Spuren von Vergewaltigung, nur die zwei Wunden, eine tiefer am linken Arm, welche die Ader durchschnitten, und eine weniger tiefe am rechten. Die linke Hand hatte also, nachdem die Ader des Armes schon geöffnet worden, noch die Kraft gehabt, den rechten Arm zu verwunden. Fünf Stunden dauerte die Untersuchung und Aufnahme des Thatbestandes. Dr. Willingen wollte der furchtbaren Aufsageren Ex-Valide den Puls fühlen, sie beruhigen, sie stieß ihn von sich. Nach beendigter Leichenhau schleppte man den toden Sultan auf zwei Matratzen in das kleine Dampfschiff und brachte ihn nach Top Kapı in den Pavillon des Mantels des Propheten, wo die Imane ihn wischen und anleideten, während die Minister Gebete sprachen. Ernst mag ihnen schon dabei zu Muße gewesen sein. Dann ging ein feierlicher Zug mit der Fahre, die vier Palastbeamte trugen, im Schnellschritt, unter Begleitung der hohen Staatsbeamten, Ulemas u. A. m., nach dem Turbe Mahmud's, wo Abdul Aziz beigesetzt wurde, und darauf begaben sich die Minister zur Beileid-Bezeugung nach dem Palaste. Die Ex-Valide soll halb tot vor Schmerz und Born sein. Für Murad war dieser Tod ein kritisches Augenblick. Wer weiß, ob Russland, wenn die Anerkennung nicht bereits vor dem Tod Abdul's zugesagt worden, diese nach dem durchbrüchen sollte erheitzt hätte. Jetzt kommt der Tod Abdul Aziz' der neuen Regierung nicht gelegen kommen; schon darum ist an einen Mord nicht zu denken, obwohl die Leute davon fabeln, daß ein Reger im Zimmer des Ex-Sultans verborgen gefunden worden sei, als die Frauen die Thür sprengten.“

## Amerika.

New York. [Rutherford Hayes, der republikanische Präsident-candidat] wurde dem „Dictionary of the United States Congress“ zufolge am 4. October 1822 in Delaware, Ohio geboren. Er graduierte im Kenyon College, Ohio, und in der Schule für Jurisprudenz zu Cambridge, widmete sich dem Rechtsfache, war städtischer Anwalt in Cincinnati von 1858 bis 1861, Major und Oberstleutnant des 23. Ohio freiwilligen Corps in 1861, Oberst desselben Corps von 1862 bis 1864, worauf er zum Brigadegeneral ernannt und während desselben Jahres zu einem Vertreter Ohio's im 39. Congres gewählt wurde. Er wurde auch im 40. Congres gewählt, legte aber im Sommer 1867 sein Mandat nieder und wurde bald darauf zum Gouverneur von Ohio gewählt, ein Posten, den er noch bekleidet.

## Provinzial - Zeitung.

△ Breslau, 20. Juni. [Commerc.] Die Burschenschaft Arminia fuhr am 17. d. Mts. mit dem Mittagzug der Freiburger Eisenbahn nach Striegau, um dafelbst ihren Commers abzuhalten. Ein Theil der Mitglieder lehrte bereits am 18. Abends zurück, während das Gros erst die Heimreise am 19. antrat. An demselben Tage machten auch 45 Mitglieder des hiesigen akademisch-pharmaceutischen Vereins eine Reise nach Reichenbach, von welcher dieselben am 18. zurückkehrten.

△ [Bieh.-Überführung nach dem Schlachthiebmarkt.] Für Viehhandlungen, welche mittelst der Freiburger Eisenbahn hier ankommen und mittelst der Verbindungsbahn nach dem Schlachthiebmarkt übergeführt wurden, kam neben der tarifmäßigen Fracht noch eine Expeditionsgebühr von 4 Pf. pro 100 Kilo Gewicht zur Erbringung. Dies ist nun dahin geändert worden, daß diese Erhebung fortfällt, dagegen eine Manipulationsgebühr von 0,5 M. pro Achse erhoben wird. Auch ist gestattet worden, daß auf jeden Transporte, der zur Ausfertigung gelangt, ein Viehbegleiter in dem Vieh- oder Badewagen des Verbindungszuges unentbehrlich nach dem Oberschlesischen Bahnhof resp. der Viehrampe am Schlachthiebmarkt befördert werden darf.

△ [Bodenloser Weg.] Der Fahrweg von Marienau nach Villa Beditz befindet sich in einem Theil in solch bodenlosem Zustande, daß die Wagen bis fast an die Axen einsinken. Referent war gestern Beuge, wie eine Drosche, die mit einem guten Pferd bewegt und nur von zwei Personen besetzt war, so tief einsank, daß das Pferd nicht mehr im Stande war, den Wagen

fortzubewegen, so daß den Insassen nichts übrig blieb, als auszusteigen. Eine baldige gründliche Reparatur des Weas thut dringend Noth.

Breslau, 20. Juni. [Angekommen.] Se. Durchl. Herrmann Fürst v. Habsfeld, freier Standesherr auf Schloss Trachenberg. Se. Excellenz v. Haubermann, General-Lieutenant und Inf. der Artillerie aus Posen. Ihre Durchl. Frau Fürstin v. Habsfeld aus Trachenberg. Graf Molts aus Berlin. (Fremdenbl.)

\* [Bodikal-Licht] In der „Magdeburg.“ macht ein Einsender alle Freunde schöner Naturerscheinungen und besonders der kosmischen Physik aufmerksam, daß in der Nacht vom 20. zum 21. Juni ein Bodikal-Licht den nördlichen Himmel zieren wird. Da man diese Erscheinung bis jetzt sehr selten beobachten kann, so ist es immerhin wichtig, auch die Nacht vorher schon denselben Theil des Himmels im Auge zu behalten und eben so auch die Nacht vom 21. zum 22. Juni.

[Ermäßigte Tour- und Retour-Billets für Tatra-Reisende.] Die General-Direction der l. k. Rathau-Oberberger Bahn hat für die Zeit vom 1. Juni bis incl. 15. September a. c. Tour- und Retour-Billets für die Tour Oderberg-Poprad (Bad Schmelz) mit 33 1/3 % Ermäßigung, 45-jähriger Gültigkeit und 50 Pfd. Freigepäck eingeführt. Auf erfolgtes Ansuchen, dabei Unterbrechungen der Fahrt zu gestatten, hat die l. k. General-Direction auch dieses liberal genehmigt und dem Unterzeichneten durch Anschreiben vom 13. Juni fund gegeben. „Zu diesem Zweck sind die in Oderberg gelösten Billets dem dortigen Stationsvorstande befußt Contrakturierung und Vormerkung der Aufenthaltsorte zu präsentieren.“ Die hierbei für Tatra-Touristen namlich in Betracht kommenden, obwohl von der General-Direction in freies Belieben gestellten Punkte sind Station St. Millos, wegen bequemer Uebernachtung und Besuchs der in der Nähe befindlichen Statutenhöhle, sowie Haltepunkte Lusina, Bad, wegen seiner herrlichen Lage und der speciell von hier aus am leichtesten zu erreichen südlichen Tatra-Seen, Thäler und Spalten. Laut angefester Mitteilung der Rathau-Oberberger General-Direction ist deren Bemühung, die l. k. Direction der Oberschlesischen Bahn zu anschließenden Concessions zu bewegen, bisher nicht erfolgreich gewesen.

Dr. Scherner.

— ch. Görlitz. 19. Juni. [Socialistenversammlung.] — Partei-Schönung und Erweiterung. — Realschulcuratorium. Die hier aus ihrem alten Versammlungslocale durch Schließung derselben für die Abhaltung öffentlicher Wählerversammlungen vertriebenen Socialdemokraten haben ihre Agitation in die kleine Nachbarstadt Schönberg verlegt und werden nun verlieren, von dort aus den Wahlkreis für ihre Ideen zu befreien. Nach einem Bützow eines ihrer Anhänger werden sie für hier so lange mit der Ausschreibung ihrer Wählerversammlungen warten, bis der vor einigen Tagen gerichtete Saal der Centralhalle, der größte Saal der Stadt, fertig sein wird, da von den andern Sälen doch keiner ausreichen würde, die Volksmenge zu fassen, und der Saal des evangelischen Vereinshauses ihnen doch nicht bewilligt werden würde. — Der städtische Park, der in diesem Jahre durch die Bepflanzung des früher wüsten Platzes an der Reichenberger und Brüderstraße erweitert worden ist, hat durch die Umwandlung zweier unmittelbar an ihr wüst liegenden Parzellen in Privatgärten gewonnen. Es ist überdies Aussicht vorhanden, einer längst gegegen Plan der Baumerweiterung endlich mit verhältnismäßig geringen Kosten zur Ausführung zu bringen. Gegenüber dem Weinbergen und den Obermühlbergen zieht sich vom Jägermädchen bis an die neue Reichsbrücke ein langer Abgang hin, aus dem hier und da Tassen hervorrangen. Diesen Abhang zu bewalden und dadurch dem reisenden Bilde, das sich vom Blockhaus dem Beobachter darbietet, die letzte Vollendung zu geben, ist ein Plan, der so alt ist, wie der städtische Park. Vor etwa einem Jahrzehnt hatte die Verhöhnungs-Deputation bereits einmal die Zustimmung des Besitzers zur Bepflanzung des Abhangs erlangt, jedoch scheiterte die Ausführung an der — allerdings kaum begründlichen Forderung des Magistrats — daß der Besitzer die Verpflichtung zur Schonung der Anpflanzungen ohne Entschädigung hypothekarisch einzutragen lassen sollte. Jetzt sind nun wieder Verhandlungen mit dem Besitzer angeknüpft und derselbe hat sich erboten, für 200 Thlr. den Morgen der Stadt zu überlassen. Mit einem Opfer von 1400—1800 Thlr. wird also die Stadt in der Lage sein, jenes Terrain erwerben zu können. Die landschaftliche Schönheit der nächsten Umgebung von Görlitz wird dadurch sehr gewinnen. — Zur Verarbeitung über die äußeren Angelegenheiten der hiesigen Realschule l. Ord. besteht ein aus dem Oberbürgermeister und einem Stadtrath, zwei Stadtverordneten und dem Director der Schule zusammengesetztes Curatorium. Bis Neujahr bildeten dasselbe Oberbürgermeister Gobbin, Stadtrath Tschischko, Commerzienrat Müller und Buchhändler Reimer, und für den leichteren Verhinderung, daß sie die von demselben gestellten principiellen Bedingungen (Anerkennung seines Rechts auf Schulgeldfreiheit seines die Anstalt besuchenden Sohnes und Aufhebung seiner vocationsmäßigen Verpflichtung, die Genehmigung des Magistrats zur Erteilung von Nebenstunden einzubilden) gutheize, ist ein großer Fehler gewesen, denn durch den Abgang des sehr beliebten und tüchtigen Lehrers erleidet die Schule einen kaum erheblichen Verlust. Für die städtische Verwaltung in die Angelegenheit noch in anderer Beziehung von nachtheiliger Wirkung gewesen, da das Verhalten der Stadtverordnetenverammlung in der Schmidtschen Angelegenheit dem Sanitätsrat Dr. Kleefeld, dem langjährigen Führer der liberalen Partei, Anlaß gegeben hat, sich von den Sitzungen der Stadtverordnetenverammlung gänzlich zurückzuziehen, was bei seiner genauen Kenntnis der städtischen Verhältnisse, seinem lebendigen Interesse für städtische Angelegenheiten und seiner auch von den erbittertesten Gegnern anerkannten hohen Intelligenz sehr zu bedauern ist.

△ Breslau, 18. Juni. [Lehrer-Conferenz.] — Unwetter. — Instinct. In der hierfür am 14. d. M. stattgefundenen 2. Lehrer-Beisitz-Conferenz wurde das gestellte Thema: „Die analytische und die synthetische Methode“ in Praxis und Theorie, erstere durch eine Lehrprobe in der Oberklasse durch den Lehrer Herrn Gollasch, letztere durch einen schwäbischen Vortrag des Lehrers Herrn Gorska recht verständlich und eingehend behandelt und erledigt. — Wieviel wir in diesem Jahre wahrlich über Wassermangel nicht zu klagen haben und mancher Keller an Überfüllung — nicht von Lebensmitteln — leidet, werden wir trotzdem dennoch von häufigen Gräßen heimgesucht. Besonders zeichnete sich hierin die Nach vom 12. bis 13. d. M. durch Gewitter und heftigen Regenguss aus, so daß viele Stellen durch angesammelte Gewässer unpassierbar waren. — Die Verlegung des hiesigen sehr bedeuenden Wochenmarktes aus dem bisherigen halsbrechenden Terrain nach dem ebenen ulktifigen Ringplatz ist für Veräußerer und Käufer eine wahre Wohlthat. Mander Sturz in die Schneegruben wird erpari. — Von einer Bautätigkeit ist hier leider in diesem Jahre wenig zu sehen, allerdings ist Mander, der im vorigen Jahre in der Hoffnung auf Erlangung der Schwank- oder Gasthaus-Concession kostspielige Bauten aufgeführt, in seiner Erwartung gar getäuscht worden, indem die Behörden in Erteilung der qu. Concession angeblich sehr rigorös verfahren und aber auch diejenigen, die sie erlangt, sehr brillante Geschäfte sich nicht erfreuen können. — Als Curiozum von thürischem Verstände verdient folgendes Factum Erwähnung: Es wurde eine Ente zum Brüten auf Entenier gelegt, unter welchen sich ein Hühnerei befand. Als nun die Küchlein ihr Gesangniß zu sprengen anfingen, auch bereits die Schnäbelchen, um Lust zu schnappen, herbeiflößten und die Brüt-Ente unter diesen auch das spitze Schnäbeln des Hühnchens bemerkte, geriet sie darüber so in Wuth, daß sie elends darauf losstürzte, um es zu vernichten. Nur die eiligste Intervention der Magd rettete das kaum begonnene Leben, indem sie das Küchlein im Ei in einen Federtopf steckte, in welchem es vollends austrockn.

□ Gleiwitz, 19. Juni. [Thierschaufest.] Wie wir aus sicherer Quelle erfahren, verspricht das am 2. Juli c. auf dem Militärrecreierplatz bei Elguth-Zabre stattfindende Thierschaufest und die damit verbundene Ausstellung z. großartig zu werden. Zur Schau sind bis heute schon angemeldet 84 Pferde, 148 Stück Hindernis, 13 Schafe, 12 Stück Schwarzbüff, 8 Hunde, mehrere Gruppen von Federhühnern, 100 Stück Maschinen verschiedener Art, 25 Schaustücke vor gewerblichen, mit der Landwirtschaft in Beziehung stehenden Erzeugnissen und Fabrikaten, mehrere Gruppen von Produkten des Feld- und Gartenbaues z. Die Prämiierung der Schaustücke wird durch ein Preisrichter-Collegium festgestellt, daß für die Thiere aus drei Preisrichtern des Centralvereins und den von der Commission des Preisrichter-Vereins gewählten Delegirten besteht. Hinsichtlich der Geldprämien, die Seitens des Staates gewährt werden, ist der Minimalpreis 30 Mark, die Maximalprämie 100 Mark. Um den Staatspreis für Hindernis können nur Kinderbesitzer des Kreises Gleiwitz concurriren, gleichviel ob sie Vereinsmitglieder sind oder nicht. Thiere, welche durch eine Staatsprämie von 100 Mark ausgezeichnet werden, sollen noch eine Zahl vom Tage der Ausstellung an gerechnet im Besitz des Ausstellers oder in den Eigentums der Provinz verbleiben. Die für Prämiierung ausgewählten Preise sind folgende: A. Thierschauf. 1) Pferde: a. für Zuchthengste 1 Ehrenpreis und 1 Goldpreis, b. für Jungstuten mit Füßen oder nachweislich gedekt 4 Ehrenpreise und 7 Goldpreise, c. für Füllen im Alter von 1—3 Jahren 2 Ehrenpreise, 8 Goldpreise, d. für Gebrauchspferde zu landwirtschaftlichen Zwecken 2 Ehrenpreise. 2) Hindernis: a. für Bullen in den Händen des Züchters 1/2 bis 4 Jahre alt, 2 Ehren-, 2 Goldpreise; b. für andere vergleichbare Bullen 1 Ehren-, 1 Goldpreis; c. für Bullen bis zum Alter von 1½ Jahren in den Händen des Züchters 1 Ehren-, 1 Goldpreis; d. für andere vergleichbare Bullen 1 Ehren-, 1 Goldpreis; e. für die beste Rustical-Milchkuh 1 Goldprämie der Stadt Gleiwitz für Kühe, 6 Ehren-, 16 Goldpreise; f. für Jungvieh 4 Ehren-, 12 Goldpreise; g. für Zugochsen (paarweise zu getrennen) 1 Ehrenpreis, 2 Goldpreise. 3) Schweine: a. für Zuchtbüff 1 Ehrenpreis, b. für Zuchtfäuse 2 Ehren-, 2 Goldpreise. 4) Schafe: a. für Merinos mit Wolle zum mehrjährigen Gebrauch 2 Ehrenpreise, b. für Zuchtfäuse der Fleischsche angehörig 2 Ehrenpreise. 5) Hühner: 2 Goldprämien der Stadt Gleiwitz. 6) Masthühn: a. für gemästetes Hindernis 2 Ehren-, 1 Goldpreis, b. für gemästete Schweine 1 Ehren-, 2 Goldpreise, von denen einer der Stadt Gleiwitz, c. für gemästete Schafe (wenigstens fünf Stück) 1 Ehren-, ein Goldpreis. 7) Federhühner: 3 Ehren- und Goldpreise. 8) Hunde: 1 Ehrenpreis. B. Fortwirthschaftliche Ausstellung. Herborragende Leistungen in dieser Abteilung werden mit Goldpreisen und der Herrn Ferdinand Ziegler u. Co. in Breslau und Anerkennungs-Dokumenten ausgezeichnet. C. Ausstellung von Produkten des Feld- und Gartenbaues. 1 Ehrenpreis von Herren M. J. Caro & Sohn, Herrenminister. — Auszeichnung: Anerkennungs-Dokumente. D. Ausstellung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräthen. Auszeichnung: Anerkennungs-Dokumente. E. Ausstellung von gewerblichen mit der Land- und Forstwirtschaft in Beziehung stehenden Erzeugnissen und Fabrikaten. Auszeichnung: Anerkennungsdiplome. F. Völlig taubstarker Hufbeschlag 3 Goldpreise. Bei dem Pferderennen sind folgende Preise ausgeschrieben. a. Herrenrennen. Preis 300 Mark, gegeben vom landwirtschaftlichen Verein für Pferde aller Länder. Einsatz zehn Mark. Ganz Neugewicht 75 Klgr. Distanz ca. 2000 Meter. Das zweite Pferd erhält die Hälfte der Einsätze und Neugelder. 2. Hürdenrennen. Ehrenpreis des Herrn Ober-Chef-de-Winkel auf Wiedenow für Pferde aller Länder. 15 Mt. Einsatz. Ganz Neugeld. Gewicht 75 Klgr. Distanz ca. 2000 Meter. Das zweite Pferd erhält den doppelten Einsatz. 3. Steeple chase. Ehrenpreis gegeben von den Damen des Kreises Ost-Gleiwitz für Pferde aller Länder. 20 Mark Einsatz. Ganz Neugeld. Gewicht 75 Klgr. Distanz ca. 4000 Meter. Das 2. Pferd erhält die Hälfte der Einsätze und Neugelder. 4. Trabrennen im Ost-Gleiwitzer und an denselben angrenzenden Kreise; ohne Gewichtsregulierung. 5 Mark Einsatz. Ganz Neugeld. Erster Preis 100 Mark, gegeben von Sr. Durchlaucht dem Prinzen Friedrich Wilhelm zu Hohenzollern-Ingelfingen auf Koschinent und die Hälfte der Einsätze. Zweiter Preis: 50 Mark und die Hälfte der Einsätze. Dritter Preis: doppelter Einsatz. 5) Bauernrennen. Erster Preis: 50 Mark. Zweiter Preis: 40 Mark. Dritter Preis: 20 Mark. Für die Rennen ad 1, 2 und 3 zu nennen bei Herrn v. Delrichs, Prem. Lieut. im Schlesw.-Ulanen-Reg. Nr. 2 in Gleiwitz, ad 4 und 5 beim Herrn Kreis-Präsidenten Jochs in Gleiwitz bis zum 25. Juni. — Wer am Prosten nennt, zahlt doppelten Einsatz. Für die Verlosung werden Auktionen, welche gleichzeitig zum Eintritt in die Ausstellungsräume hergezogen, zu 1,50 Mark ausgeschrieben, wovon 0,50 Mark als Eintrittsgeld berechnet sind. 75 Prozent der Losos-Beiträge werden zum Anlauf der für die Verlosung bestimmten Thiere und Gegenstände verwendet. Am Tage der Ausstellung findet nach Beendigung derselben in Trautweiter's Hotel ein Festdinner statt. Die zur Schau angemeldeten Thiere müssen am Tage der Ausstellung früh 5 Uhr auf dem Platz sein, da um diese Zeit die Prämiierungs-Commission ihre Tätigkeit beginnt. Die übrigen Schaugegenstände müssen bis 8 Uhr aufgestellt werden, damit deren Beurtheilung durch die Preisrichter und ihr ewiger Anlauf zur Verlosung erfolgen kann. Die Großfahrt für das Publikum findet um 10 Uhr statt. Um 12 Uhr findet die Auktion für die Prämien und hierauf der Festzug statt. Um 3 Uhr beginnen die Pferderennen. Nach diesen wird die Verlosung vom Rathausbalcon stattfinden.

Preisrichter-Collegium festgestellt, daß für die Thiere aus drei Preisrichtern des Centralvereins und den von der Commission des Preisrichter-Vereins gewählten Delegirten besteht. Hinsichtlich der Geldprämien, die Seitens des Staates gewährt werden, ist der Minimalpreis 30 Mark, die Maximalprämie 100 Mark. Um den Staatspreis für Hindernis können nur Kinderbesitzer des Kreises Gleiwitz concurriren, gleichviel ob sie Vereinsmitglieder sind oder nicht. Thiere, welche

